

Gewerbe will näher ran ans Haarbachtal

Bezirksvertreter und Umweltschützer wollen weitere Bebauung verhindern. Verwaltung befürwortet neue IT-Ansiedlung.

VON GERALD EIMER

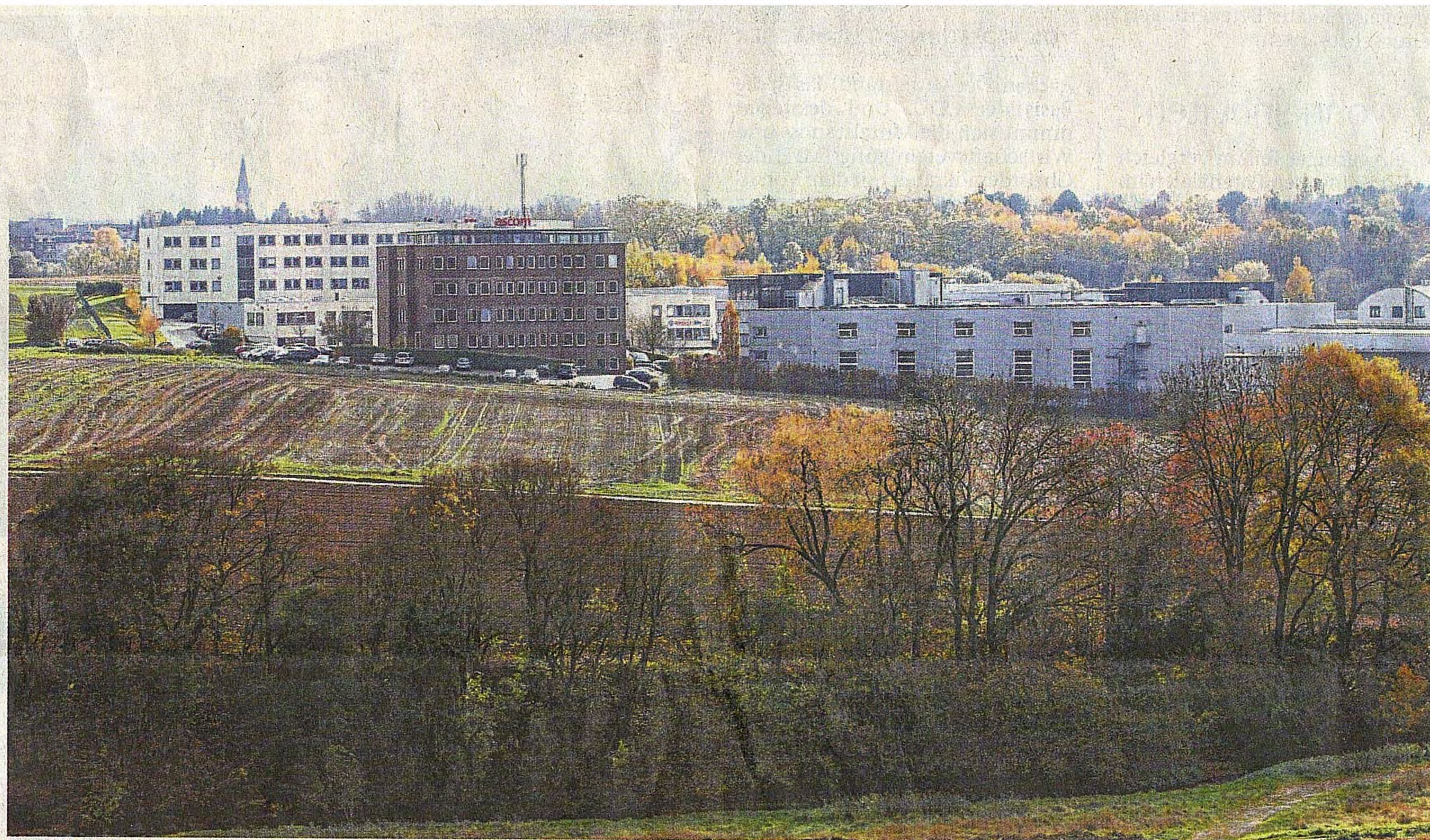
Aachen. Auf der einen Seite wurde soeben mit großem Aufwand ein Abschnitt des Haarbachs renaturiert, auf der anderen soll nun noch vorhandenes Ackerland großflächig mit Gewerbebebauung zugestraft werden. Mit dieser widersprüchlichen Situation am Nirmir Weg im Aachener Nordosten hat sich am Mittwoch die Bezirksvertretung Haaren auseinandergesetzt. Und ihr Votum ist eindeutig: Die Politiker sagen parteiübergreifend Nein zu einer Erweiterung des Gewerbegebiets an der Charlottenburger Allee.

Sie stehen damit quasi Seite an Seite mit den Umweltexperten der Stadt, die ebenfalls vor einer Bebauung des gut 11 000 Quadratmeter großen Areals warnen. Durch die „hochgradige Versiegelung“ würden „sehr schutzwürdige Böden“ unwiederbringlich verloren gehen. Zudem würde die wichtige Kalt- und Frischluftzufuhr für die Haarener beeinträchtigt – ganz abgesehen von den Auswirkungen auf den Erholungswert der bislang noch unbebauten Grünfläche.

Starke Interessen

Ob sich Bezirksvertreter und Umweltfachleute mit ihren Argumenten durchsetzen können, erscheint hingegen höchst fraglich. Denn dagegen stehen massive wirtschaftliche Interessen. Ein wichtiges Unternehmen aus der IT-Branche, das bislang schon im dortigen Gewerbegebiet ansässig ist, hat ein Auge auf das Gelände geworfen. Es will dort ein neues Bürogebäude mit Stellplätzen errichten.

Innerhalb der Stadtverwaltung hat sich mehrheitlich die Meinung durchgesetzt, den Flächennutzungsplan zugunsten des Interessenten zu ändern. Entsprechend hat Oberbürgermeister Marcel Philipp (CDU) den Beschlussvorschlag formulieren lassen. Bislang deutet alles darauf hin, dass ihm die Planungspolitiker, die am 19.



Die Haarener Bezirksvertretung sagt parteiübergreifend Nein zu einer Ausweitung des Gewerbegebiets an der Charlottenburger Allee. Die Stadtverwaltung hält hingegen die weitere Bebauung bis zum Nirmir Weg (in der Bildmitte) für nötig. Foto: Ralf Roeger

November das letzte Wort haben werden, folgen wollen.

Die Stadt verweist darauf, dass „in der Technologieregion Aachen“ ein hoher Bedarf an Gewerbeflächen für Ansiedlungen von IT-Unternehmen bestehe. „Eine Flächenreduzierung für die Landwirtschaft“ sei daher auf „stadtnahen Flächen nicht zu verhindern“. Vor diesem Hintergrund empfinden sich die Haarener Bezirkspolitiker wie Kämpfer auf verlorenem Posten, aufgeben aber wollen sie nicht.

„Für die Haarener sind die Pläne einfach Mist“, sagt Bezirksbürgermeister Ferdinand Corsten (CDU).

Die Auseinandersetzung mit dem OB, immerhin Parteifreund, scheut er daher nicht. Ebenso wollen es die Vertreter der Haarener SPD und Grünen halten, die ebenfalls noch hoffen, die weitere Bebauung des Haarbachtals verhindern zu können.

Grüne Pufferzone

Bis auf 20 Meter soll den Plänen zufolge die neue Gewerbebebauung an den bei Spaziergängern beliebten Nirmir Weg heranrücken. Nur ein schmaler Grünstreifen aus Sträuchern und Bäumen soll dann noch für eine optische Abgren-

zung sorgen. Im Mittel soll die Höhe der dahinterliegenden Gebäude auf acht Meter begrenzt werden. Durch diese und weitere Beschränkungen könnten „die negativen Auswirkungen auf die Umwelt weitgehend reduziert werden“, argumentiert die Verwaltung. In der Abteilung Umwelt spricht man hingegen von einem Kompromiss „auf kleinstem Nenner“. Mit Blick auf die besonders schützenswerten Böden und die klimatischen Auswirkungen sollte die landwirtschaftliche Nutzfläche daher unbebaut bleiben.

Genauso hat sich der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutsch-

land bereits in einer Stellungnahme 2008 geäußert. Wegen „erheblicher Bedenken“ könne einer Änderung des Flächennutzungsplans und der geplanten Bebauung „an diesem sensiblen Ort“ nicht zugestimmt werden. Ohnehin gebe es keinen Grund für diesen Eingriff, weil es in Stadt und Städteregion genügend „erschlossene Flächenreserven“ für ansiedlungswillige Unternehmen gebe. Diese seien jedoch nicht ausreichend, widerspricht die Stadtverwaltung. Wie dieser klassische Konflikt zwischen Wirtschafts- und Umweltinteressen ausgeht, wird in zwei Wochen entschieden.